

Reisebericht Kosovo und Makedonien im April 2009

Von Angelika Beer, Mitglied des Europäischen Parlaments

10 Jahre nach dem NATO-Einsatz im Kosovo - 8 Jahre nach dem Abkommen vom Ohrid in Makedonien

Gliederung:

I. Einleitung

II. Aktuelle Lage im Kosovo

III. Politische Bewertung Kosovo

IV. Aktuelle Lage in Makedonien

V. Politische Bewertung Makedonien

VI. Westbalkan braucht EU-Strategieoffensive

I. Einleitung

Bei der Reise vom 6. bis 10. April nach Makedonien und Kosovo standen Fragen zur Situation im Kosovo 1 Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung und die Arbeit der EULEX Mission sowie die Umsetzung des Staatsbildungsprozesse knapp 8 Jahre nach dem Ohrid-Abkommen in Makedonien wie auch die Entwicklung nach den dortigen Präsidentschaftswahlen und des weiter schwelenden Namensstreites im Mittelpunkt.

Im Kosovo ging es auch darum, Reaktionen über die bevorstehende Begutachtung der Rechtmäßigkeit des Internationalen Gerichtshofes IGH zur Unabhängigkeit des Kosovos sowie über den Umgang mit der Weltwirtschaftskrise zu erfahren. Weiterhin standen die Fragen nach dem Stand der Implementierung von EULEX, Lage der Minderheiten, Sicherheitslage, eine mögliche Gefahr der Spaltung des Kosovos wie auch die Koordinierung der Arbeit der internationalen Organisationen und die Entwicklung einer sich ersten anbahnenden Schulpartnerschaft zwischen dem Xelal-Toni-Gymnasium in Orahovac und der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster im Vordergrund. Verschiedene Treffen mit kosovarischen und makedonischen Parlamentsabgeordneten ermöglichten es mir zudem in meiner Eigenschaft als Ko-Vorsitzende des Parlamentarischen Netzwerks für Krisenprävention und menschliche Sicherheit des Ost-West-Institutes, in beiden Parlamenten neue Mitglieder für den Ausbau ziviler Konfliktpräventionen und vertiefter internationaler Kooperation zur Krisen- und Konfliktbewältigung zu gewinnen.

Gesprächspartner und Themen im Kosovo:

- Staatspräsident Dr. Fatmir Sejdiu: 1 Jahr Unabhängigkeit, Akzeptanz von EULEX und UNMIK, bevorstehende Kommunalwahlen, Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten
- Bildungsminister Dr. Enver Hoxhaj: multiethnisches Bildungskonzept, Projekt Schulpatenschaften
- Stellvertreter des ICO, Fletcher Burton: Koordinierung der internationalen Akteure und Teil-Finanzierung des ICO durch Stabilitätsinstrument
- Leiter der EULEX-Mission Yves de Kermabon : Stand der Reduzierung UNMIK, Status und Implementierung von EULEX
- Mitglieder aller Parlamentsfraktionen: 1 Jahr Verfassung und deren Umsetzung
- Bürgermeister von Süd-Mitrovica Bajram Rexhepi: Akzeptanz von EULEX, UNMIK, UN-6-Punkte-Plan, wirtschaftliche Entwicklung
- Stellvertretender Bürgermeister von Velika Hoca, Bojan Nakalamic: Perspektive für die serbischen Enklaven und Sicherheitslage
- Polizisten von EULEX und dem Kosovo Police Service: Wirkungsmöglichkeiten im Norden des Kosovos und Stabilität
- Kommandeur des Deutschen Einsatzkontingents KFOR, Brigadegeneral Harald Fugger: Aufgaben von KFOR im Sektor Süd, Sicherheitslage, CIMIC, Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren
- Deutscher Botschafter im Kosovo, Hans-Dieter Steinbach: zur aktuellen Entwicklung

Gesprächspartner und Themen in Makedonien:

- Staatspräsident Branko Crvenkovski: Situation nach den Kommunal- und Stichwahlen zum Präsidenten, Stand Ohrid-Abkommen
- Vizepremier Ivica Bocevski: EU-Perspektive und wirtschaftliche Lage
- Außenminister Antonio Milososki: EU-Perspektive und neue Lösungsansätze im Namensstreit
- Verteidigungsminister Zoran Konjanovski: Makedonische Streitkräfte in der Transformation
- Ex-Premierminister Vlado Buckovski: aktuelle Entwicklung
- Parteivorsitzender der albanischen Partei DUI, Ali Ahmeti: Situation der albanischen Bevölkerung im Rahmen des Ohrid-Abkommens, Regierungsbeteiligung DUI nach den Kommunal- und Präsidentschaftswahlen
- Parteivorsitzender der albanischen Partei DPA, Menduh Thaci: Situation der albanischen Bevölkerung im Rahmen des Ohrid-Abkommens, Einfluss der Opposition auf Parlaments- und Regierungsarbeit

- Mitglieder des Parlaments und der EU-Ausschüsse: EU-Perspektive
- Vertreter der Zivilgesellschaft: aktuelle Situation im Land nach den Präsidentschaftswahlen und demokratische Entwicklung
- Vertreter der makedonischen Armee: Implementierung Transformation, Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen
- Deutsche Botschafterin in Makedonien, Ulrike Knotz: zur aktuellen Lage

II. Aktuelle Lage im Kosovo

EULEX und ICO

Am 6. April wurde in einer Feierstunde die volle Implementierung von EULEX verkündet. Mit mehreren Monaten Verspätung und anfänglicher logistischer Schwierigkeiten ist die größte ESVP-Mission der EU jetzt einsatzfähig. Doch ist EULEX schon vor Missionsbeginn in die Mühlen der Blockadepolitik Belgrads mit der Rückendeckung der Veto-Macht Russland geraten und durch den 6-Punkte-Plan von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zur Statusneutralen Mission erklärt worden. Der Personalbestand von UNMIK ist von 2000 auf 500 reduziert worden. EULEX ist auch zukünftig UNMIK unterstellt. EULEX ist zwar präsent, verfügt jedoch über keine Exekutivrechte, wie es bei der UNMIK-Polizei der Fall war.

Diese Rechts- und Statuslage von EULEX ist ein Problem bei der Arbeit vor Ort. Mit der fehlenden Entscheidung in New York, UNMIK zu beenden und das Mandat der EU zu übertragen, schafft auch die Weigerung von 5 EU - Mitgliedern, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen, Probleme bei der Umsetzung der Mission. Der fehlende Plan B im Jahr 2008 und die Tatsache, dass EULEX bislang nur symbolisch im Norden präsent ist weist auf die zukünftigen Probleme bei der Umsetzung des Ahtisaari-Plans hin.

Das International Civilian Office (ICO) in Pristina sieht sich weniger im Spannungsfeld des UN-6-Punkte-Plans. Durch die Doppelfunktion des ICO, deren Leiter gleichzeitiger Sondergesandter für die EU (EUSR) ist, ist dieses mit einem weiteren in Belgrad angesiedelten EUSR in der Lage ist, direkt mit der serbischen Regierung ohne vorherige Konsultation mit UNMIK zu verhandeln.

Mit dem Regierungswechsel in Washington sei im ICO, an dem sich auch die USA beteiligen, der "Wechsel durch Obama" auch im Kosovo angekommen. Das ICO sieht sich daher auch als Labor der künftigen euro-transatlantischen Beziehungen. In dieser Größenordnung versteht sich das ICO in seiner Tätigkeit zur Umsetzung des Ahtisaari-Plans im Kosovo als neue Initiative, Stabilität und Frieden für den gesamten Westbalkan zu erreichen. ICO plant die Eröffnung weiterer Büros u.a. in Mitrovica, Prizren und

Pec. Im Fokus der Arbeit stehen Projekte zur Infrastruktur und zur Privatisierung. Das ICO hat Mittel vom Stabilitätsinstrument des Europäischen Parlaments beantragt

Mitrovica und der Nord-Kosovo.

Aus rechtsstaatlicher Sicht hat sich die Situation im serbischen Nordteil des Kosovos und in Nord-Mitrovica verschlechtert¹. Seit der Unabhängigkeit des Kosovos vor mehr als einem Jahr gibt es im Nordkosovo keine Rechtsstrukturen und keine Gerichtsbarkeit mehr. Die organisierte Kriminalität, der Schmuggel von Benzin, Drogen und Holz wird registriert aber nicht geahndet. EULEX hat im Gegensatz zu der bisher dort präsenten und akzeptierten UNMIK keine exekutiven Befugnisse. In Fällen von schwerer Kriminalität ist EULEX auf die Zusammenarbeit mit der Polizei der Republik Serbien angewiesen. Sie erklärte sich bisher bereit, dass Kriminelle über die Grenze auf serbischen Staatsgebiet übergeben werden und dort der Justiz zugeführt werden.

Die Zuständigkeit für die Grenzsicherung im Norden ist zwischen KFOR und EULEX nicht geklärt. Das notdürftig gesicherte Gate 1 ist bis heute ohne eigene Strom und Wasserversorgung.

Nachdem es am 22. Februar 2008 an den Gates 1 und 31 zu schweren Verwüstungen gekommen ist, führt die Kosovo Police Service unter Aufsicht der EULEX die Grenzabfertigung mehr oder weniger improvisiert durch. Beide Gates sind bislang nicht aus dem Verantwortungsbereich von UNMIK an EULEX übergeben worden, obwohl UNMIK im Norden nicht mehr präsent ist. Die " Grüne Grenze" ist aufgrund fehlender Fahrzeuge und entsprechendem Überwachungsgerät unkontrolliert.

In dieser Situation besteht die Gefahr, dass ohne Gerichtsbarkeit im Norden Kosovos die serbische Bevölkerung zwangsläufig in die Illegalität getrieben wird.

Ein Schlüsselfaktor für die zukünftige Integrität eines multiethnischen Kosovos - die Rücksiedlung von Kosovo-Albanern in den Norden, steht kurz bevor, bzw. der erste Versuch unter Einbeziehung von KFOR wurde kurzfristig verschoben. Geplant war die Rücksiedlung von 5 der zunächst 36 albanischen Familien in Häuser, die die Regierung in Pristina wieder hergestellt hat. Kenner der Region weisen auf wachsende interethnische, wie auch durch die Kriminalität bedingte Spannungen hin. Hinzu komme seit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos ein manchmal fast aggressives

¹ Die jüngsten gewalttätigen Ausschreitungen in Mitrovica sind durch die EU-Ratspräsidentschaft verurteilt worden. Die Erklärung des Rates befindet sich in der Anlage des Reiseberichtes.

Selbstbewusstsein der albanischen Kosovaren, das eine Versöhnung oder auch nur ein organisiertes Zusammenleben der Ethnien erschwere.

Im Gegensatz zum serbisch bewohnten Nordkosovo, bei dem man mit Überqueren des Flusses Ibar das Gefühl hat, serbisches Territorium zu betreten und wo seit Jahren kein Cent mehr in die Infrastruktur investiert wurde, präsentiert sich der albanisch bewohnte Teil Mitrovicas zuversichtlich und selbstbewusst. Man ist stolz auf Neubauten und Straßenarbeiten. Die Arbeitslosigkeit wird nach wie vor mit 40 % angegeben. Die Ansiedlung von Industrie ist bislang nicht gelungen - und so langsam wird es auch als Tatsache begriffen, daß eine Rückkehr zum Bergbau unrealistisch erscheint und das schlechte Image der Stadt auf Investoren eine abschreckende Wirkung hat.

Allgemein ist trotz ausbleibender Investoren in weiten Teilen des Kosovos die Weltwirtschaftskrise nicht besonders präsent, da das Land bislang nicht von großen Direktinvestitionen und damit auch nicht von immensen Kapitalabflüssen wie zum Beispiel die Republik Serbien betroffen ist. Dennoch ist zu erwarten, dass sich die Krise auch mittelfristig auf den Kosovo auswirken wird, wenn in Industrieländern arbeitende Auslandskosovaren aufgrund von Arbeitslosigkeit ihre im Kosovo lebenden Familien und Angehörigen mit Auslandsüberweisungen nicht mehr unterstützen können.

Kosovarische Initiativen

Klare Worte fand Kosovos Präsident Fatmir Sejdiu. Er betonte, dass die Zeit von UNMIK nun vorüber sei und der von Belgrad lancierte 6-Punkte-Plan den Kosovo vorsätzlich destabilisiere. Er sieht in Belgrad den Hauptschlüssel zur Lösung der Problematik des Kosovos. Die EULEX-Mission solle laut Sejdiu nicht neutral sein sondern mit aller Kraft den jungen Staat in alle Richtungen unterstützen. Das erfordere aber, dass Europa in der Frage um den Kosovo mit einer Stimme spreche und die verbliebenen 5 EU-Mitglieder den Kosovo als unabhängigen Staat anerkennen müssen. Auch mahnte er bei der EU mehr Transparenz in der Vergabe von finanziellen Förderleistungen für Serbien an, um einen Missbrauch vorzubeugen, dass EU-Gelder nicht weiter für die Finanzierung von serbischen Parallelstrukturen missbraucht werden, wie es nach seinen Informationen bereits mehrmals in der Vergangenheit erfolgt ist². Mit einer neuen Initiative Richtung Anrainerstaaten versucht Sejdiu die restriktiven Reisebestimmungen für Bürger des Kosovos

² In diesem Zusammenhang stellte Angelika Beer am 30. April 2009 eine parlamentarische Anfrage an die Europäische Kommission, inwieweit die Mittelverwendung der EU an Serbien einer Transparenz unterliegt. Die Anfrage ist als Anlage dem Reisebericht beigefügt.

zu verringern. Dafür schlägt er die Einrichtung einer "Mini-Schengen-Zone" mit Albanien, Makedonien und Montenegro vor, in der alle Bürgerinnen und Bürger des Kosovos und der Nachbarstaaten visafrei und ohne Grenzkontrollen reisen können. Dieser Vorschlag bietet auch Anreize zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Fortschritte im Bildungssektor

Das kosovarische Bildungsministerium mit seinem Minister Dr. Enver Hoxhaj konnte weitere Fortschritte in der Bildungspolitik erzielen. So liegt seit diesem Jahr ein neuer Schwerpunkt auf der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit der GTZ in den Bereichen Naturwissenschaften und Sprachen. Neben der Einführung eines Zentralabiturs will Hoxhaj weiter internationale Standards im kosovarischen Bildungssektor einführen. Als erster Staat im ehemaligen Jugoslawien wird der Kosovo dieses Jahr erste Fachhochschulen im Land gründen. Für das nächste Jahr ist ein neuer Schwerpunkt in der Erwachsenenbildung geplant, um auch ältere Bürger des Kosovos weiterzubilden. Ideen zur Einführung einer Berufsberatung für Jugendliche sowie die Ermöglichung von Praktika für kosovarische Jugendliche, vorzugsweise in handwerklichen Betrieben in Deutschland wie auch die Überlegung, nach Vorbild der NGO "Schüler helfen Leben", einen sozialen Tag im Kosovo einzuführen, wurden seitens des Ministeriums positiv aufgenommen.

Das von mir geförderte erste Schulpatenschaftsprojekt zwischen dem Xelal-Toni-Gymnasium in Orahovac und der Elly-Heuss-Knapp-Schule verzeichnet Fortschritte. Ende April beginnen die ersten Planungen für einen Besuch des Bürgermeisters von Orahovac und Lehrern der kosovarischen Schule in Neumünster, um die Patenschaft offiziell zu besiegeln. Dem soll ein Lehrer- und Schüleraustausch folgen, wenn auch derzeit noch logistische Probleme wie fehlendes Internet und die Schwierigkeit, Visa für Deutschland zu bekommen, überwunden werden müssen. In Orahovac beginnt langsam wieder ein spannungsfreies multiethnisches Zusammenleben zwischen Albanern und Serben, die eine Rückkehr zur Normalität in der Stadt suggerieren.

Verbesserte Situation in serbischen Enklaven

Auch in unmittelbarer Nachbarschaft von Orahovac in der serbischen Enklave Velika Hoca war diese neue Normalität sichtbar. Die dort noch 1000 serbischen Kosovaren können inzwischen ohne jeden Schutz in der Enklave leben und sich im gesamten Land, wie auch in Orahovac frei bewegen. Das spiegelte insgesamt eine neue

Stimmung wieder, die in den ersten Jahren nach der NATO-Intervention im Kosovo von Stacheldraht und Panzern zum Schutz der verbliebenen Serben im Kosovo abgelöst wurde. Dies bestätigte auch der stellvertretende Bürgermeister der Gemeinde, Bojan Nakalamic. Die Zukunft von Velika Hoca bleibt jedoch ungewiss, da die Budgetkürzungen aus Belgrad und die erdrückend hohe Arbeitslosigkeit in der Region von Orahovac von teilweise bis zu 60 Prozent, wenig Perspektiven für die Bewohner der Gemeinde bringen.

Ambitioniertes Ziel von Nakalamic ist es, binnen einen Jahres für die 65 arbeitslosen Jugendlichen von Velika Hoca, eine Perspektive zu finden, die sie dazu bewegt, weiterhin in der Gemeinde zu leben. Er machte jedoch klar, wenn er dieses Ziel nicht erreiche, wird auch Velika Hoca als einzige serbische Gemeinde, in der noch alle Generationen zusammen leben, seine Jugend verlieren. Fakt ist, dass von Seiten der Regierung in Pristina, als auch von der internationalen Gemeinschaft keine Strukturhilfen für serbische Enklaven gibt. Auf die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit EULEX stattfinde, sagte er lediglich, dass er noch keinen EULEX-Vertreter gesehen habe.

Alle noch in der Gemeinde lebende serbische Kosovaren wollen dort bleiben und signalisieren Bereitschaft, auch mit den Institutionen des Kosovos zu kooperieren.

Bei den nächsten Kommunalwahlen will sich Nakalamic zur Wahl stellen und schließt einen Boykott der Wahlen aus, um sich aktiv für die Verbesserung der Rahmenbedingungen vor Ort zu engagieren.. Kritisch und undemokratisch sieht er in die ausführlichen Minderheitenrechte des Kosovos, die in der Repräsentation der Volksgruppen Demokratiedefizite aufweisen. In seinem Fall würden weniger als 10 Prozent der Wählerstimmen der Bewohner von Velika Hoca ausreichen, einen Kandidaten in die legislativen Organe des Kosovos zu entsenden. Er kritisierte, dass das Minderheitenquorum im Kosovo rund eine Viertelmillion nach Serbien geflüchtete Kosovo-Serben nicht berücksichtigt hat, diese jedoch in ihrer Mehrheit theoretisch bereit seien, ins Kosovo zurückzukehren, wenn sich die Situation vor Ort verbessere.

Neue Schwerpunktsetzung bei KFOR

Beim Besuch des Kommandeurs des Deutschen Einsatzkontingents KFOR, Brigadegeneral Harald Fugger wurde mir die neue Schwerpunktsetzung im Deutschen Kontingent erläutert. Die Bundeswehr geht von einer Reduzierung der KFOR-Truppen im Jahr 2010 von bis zu 40 Prozent aus. Die jahrelange Arbeit von CIMIC ist

weitestgehend eingestellt worden. Die Versorgung von sozial schwachen Menschen soll zukünftig in Eigenverantwortung der kosovarischen Gemeinden erfolgen. Der neue Fokus von KFOR liegt im Bereich Liaison Monitoring (LMT) und dem Errichten von LOT-Häusern, die in kleinen Teams als "Temperaturfühler" in der Bevölkerung- und Ansprechpartner von KFOR im Kosovo fungieren. Ein zweites Projekt ist die Bedarfsermittlung von Infrastrukturprojekten im deutschen Einsatzgebiet. Die ermittelten Daten werden den internationalen Organisationen und NGO's zur Verfügung gestellt, um eine effiziente und faire Förderung von Infrastrukturprojekten zu erreichen.

III. Politische Bewertung Kosovo

Seit der Unabhängigkeit am 17. Februar 2008 hat sich der Kosovo positiv entwickelt. Dieser Trend darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere der Nord-Kosovo und die mangelnde Berücksichtigung der serbischen Minderheit im Land ein wesentlicher Problemfaktor für die Integrität des Kosovos darstellt. EULEX hat zwar offiziell die volle Operationsfähigkeit verkündet, ist aber im Norden nicht in nötiger Form und dazu noch ohne Exekutivrechte präsent.

Eine Gefahr der Abspaltung des Nordteils besteht nach wie vor, insbesondere wenn der quasi rechtsfreie Raum dort bestehen bleibt und keinerlei Strukturhilfen in den Norden und die serbischen Enklaven investiert werden. Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten Jahren einen zu großen Fokus auf die albanische Bevölkerung des Kosovos gelegt und damit eine ungleiche Entwicklung gerade zwischen Albanern und Serben gefördert, die zudem ein stärkeres Engagement der kosovarischen Regierung für kosovo-serbische Belange minimiert.

Der 6-Punkte-Plan von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon findet im Kosovo und den kosovo-albanischen Institutionen keinerlei Akzeptanz und verbessert auch die Situation der serbischen Bevölkerung nicht. Die Spaltung des Landes wird so eher gefährdet, als verhindert. Auch wenn Agitatoren wie zum Beispiel Albin Kurti keine Massen mobilisieren können, bleibt die Situation im ganzen Kosovo insofern instabil, dass eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, die fehlende Sicherheit in der Energieversorgung aber auch die faktische Spaltung Kosovos ein Element der Unsicherheit darstellt.

Das in 2 Jahren zu erwartende Gutachten des von Serbien angerufenen IGH kann - obwohl keine rechtliche Bindung - die Situation vor Ort sowohl positiv als auch negativ stark beeinflussen.

Zur Förderung einer nachhaltigen und stabilen Entwicklung des Kosovos sind u.a. folgende strategische Punkte durch die EU umsetzen:

- Griechenland, Rumänien, Spanien, Slowakei, Zypern müssen für eine glaubhafte kohärente EU-Politik auf dem Westbalkan den Kosovo anerkennen
- Das EULEX-Mandat muss die Wiederherstellung von Rechtsstaat und Gerichtsbarkeit im Norden beinhalten
- Die Fokussierung auf den kosovo-albanischen Teil ist aufzugeben und die ethnische Gesamtheit des Kosovos zu sehen.
- Das impliziert ebenfalls die Initiierung von Strukturprojekten für die serbischen Bevölkerungsteile im Kosovo, um ein erneutes multiethnisches Zusammenleben zu ermöglichen.
- Die Besonderheit der Mittelvergabe aus dem Stabilitätsinstrument an das ICO muss mit einem Controlling verknüpft werden, damit die Kooperation aller internationalen Akteure sichergestellt wird.
- Die Strukturhilfen (IPA) für die Republik Serbien müssen überprüft werden. Es muss sichergestellt werden, dass Belgrad damit keine serbischen Doppelstrukturen im Kosovo mehr finanziert, die die Integrität des Kosovos und die Glaubwürdigkeit von ICO und EULEX untergraben.
- Der serbischen Regierung muss deutlich gemacht werden, dass eine EU-Perspektive nur über die Anerkennung Kosovos erfolgen kann.
- Die Regierungen in Belgrad und Pristina müssen dazu gedrängt werden, eine Politik der Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung einzuleiten.
- Die Verwendung der auf der Kosovo-Geberkonferenz beschlossenen Mittel für die Regierung des Kosovos muss einer besonderen Transparenz und Kontrolle unterliegen, damit alle Bevölkerungsteile - und Ethnien des Kosovos von den Mitteln profitieren
- Bildung ist ein Element zur Stabilisierung. Der Bildungs- und Wissenschaftsbereich muss weiter und gesondert gefördert werden.
- Damit verbunden sind Reiseerleichterungen im Rahmen einer schnellen Visa-Liberalisierung zu schaffen, um Projekte wie Schulpatenschaften, den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern aktiv zu fördern und damit neues "know how" in das Land zu holen.
- Die hohe internationale Präsenz im Kosovo kann Synergieeffekte schaffen, international ausgerichtete und gut

ausgebildete Generationen zu fördern, die sich in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit messen können.

IV. Aktuelle Lage in Makedonien

Wie weiter nach den Präsidentschaftswahlen?

Makedonien hat kurz vor meinem Besuch konservativ gewählt: Gjorge Ivanov ist mit rund 63 Prozent der Stimmen zum neuen makedonischen Präsidenten gewählt worden. Damit besetzt die Regierungspartei VMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionsorganisation-Demokratische Partei für die Nationale Einheit Makedoniens) sämtliche Schaltstellen des Staates. Die Verantwortung für Reformen und den Kampf gegen Korruption und Kriminalität trägt nun vor allem die konservative Partei. Von Regierungsseite wurde mit Erleichterung der Ausgang der Präsidentschaftswahlen aufgenommen. Die Wahlen am 22. März und die Stichwahlen am 5. April 2009 verliefen ohne gravierende Zwischenfälle und wurden international akzeptiert. Für nächste Wahlen sollen aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung und des hohen Quorums von 40 Prozent Nachbesserungen im Zensus der Wahlberechtigten sowie eine Aktualisierung der Wahllisten vorgenommen werden.

Mit der Gewährleistung der Durchführung fairer, demokratischer und friedlicher Wahlen hat Makedonien einen wichtigen Schritt für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen erfüllt. Sie hat nun drei Jahre Zeit, ohne Wahlen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, eine schnelle Durchsetzung der Visa-Liberalisierung sowie die Aufnahme in weitere Förderprogramme des EU-Instruments für Heranführungshilfe (IPA) und einen Kompromiss im Namensstreit mit Griechenland zu erreichen.

Problemfaktor Namensstreit

Alle Gesprächspartner betonten ihre Hoffnung und ihren Willen auf eine baldige Lösung im Namensstreit mit Griechenland. So gilt auch der vom UN-Unterhändler Niemitz präsentierte Namensvorschlag "Republik Nordmakedonien" auf makedonischer Seite als möglicher Kompromiss. Den Politikern in Skopje ist bewusst, dass die Zeit nicht für Makedonien arbeitet und eine weitere Existenz außerhalb der euro-atlantischen Strukturen destabilisierende Faktoren implizieren und die Gefahr neuer interethnischer Spannungen schürt, die die Integrität des Landes gefährden könnte.

Sorge vor Erweiterungsmüdigkeit der EU

Massive Kritik gab es von allen Parteien an dem CDU-Europawahlprogramm, das die EU-Erweiterung nach dem Beitritt Kroatiens stoppen will. In diesem Rahmen wurden auch die Trends der Renationalisierung in den EU-Mitgliedsstaaten gegenüber den Beitrittskandidaten im Zuge der momentanen Wirtschaftskrise moniert.

Von allen Seiten begrüßt wurde der letzte Fortschrittsberichts zu des Europäischen Parlaments zu Makedonien, der u.a. forderte, dass der Namensstreit mit Griechenland kein Hindernis für Beitrittsverhandlungen mit der EU sein darf und die Verhandlungen zu einem EU-Beitritt in diesem Jahr aufgenommen werden sollen.

Makedonien in amerikanisch-russischer Einflusszone

Die USA stoßen insgesamt im Land auf eine hohe Akzeptanz und erhöhen künftig ihre Präsenz durch den Bau einer neuen US-Botschaft, die rund 300 Beschäftigte umfassen soll und somit ein gewisses Zeichen in Südosteuropa setzen wird.

Makedonien liegt am strategischen Knotenpunkt des Ölpipeline-Korridors, den die amerikanische Firma AMBO-Ölpipeline der *Albania-Macedonia-Bulgaria-Oil*-Betreibergesellschaft (AMBO LLC) baut. Geplant ist eine 895 Kilometer lange Pipeline, die Rohöl von der bulgarischen Hafenstadt Burgas am Schwarzen Meer über Makedonien zum albanischen Adria-Hafen Vlora transportieren soll. 1993 wurde mit der Planung begonnen. Mit der Fertigstellung wird 2012 gerechnet. Danach sollen 750.000 Barrel Erdöl pro Tag durch die Pipeline fließen, um den Erdöltransport mit Tankschiffen durch den Bosphorus zu entlasten. Geplante Projekte wie der von den USA forcierte Bau einer Öl-Pipeline durch Makedonien werden bislang nicht groß hinterfragt, obwohl die Pipeline nicht nur optisch albanisch und makedonisch bewohntes Gebiet trennen wird. Aber auch Russland beginnt, Zeichen zu setzen. Unter anderem haben schon einige Tankstellen der russischen Firma "Lukoil" Einzug in das Land erhalten.

Weltwirtschaftskrise auch in Makedonien

Probleme der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit und die weiterhin schlecht entwickelte Wirtschaft einschließlich der fehlenden Direktinvestitionen sind in Makedonien im Zuge der Weltwirtschaftskrise verschärft worden.

Geplante Großprojekte wie der Bau eines Hydrokraftwerkes mit einem Investitionsvolumen von mehreren hundert Millionen Euro wurden vorerst gestoppt. Einhergehend mit der Weltwirtschaftskrise sinken auch die Auslandsüberweisungen von im Ausland lebenden

und arbeitenden Mazedoniern zur Unterstützung ihrer Familien. Die staatliche Fluggesellschaft MAT steht vor dem Aus und der wirtschaftliche Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess stagniert. Bezeichnend für die kritische wirtschaftliche Lage Makedoniens ist das seit Jahren bestehende Handelsbilanzdefizit. Der Wert des makedonischen Exports kommt auf 592 USD pro Tonne und die Importe auf 893 USD pro Tonne.

Stand Umsetzung Ohrid-Abkommen und albanische Parteien

Die Durchführung der Zweisprachigkeit findet bislang in den Zentren und in großen Projekten statt. Entgegen der Vereinbarung von Ohrid ist die albanische Sprache weder bei der Polizei noch im Militär eingeführt worden. Durch die nationalistische Politik Gruevskis bei gleichzeitiger Betonung einer makedonischen Identität gerät die albanische Minderheit in dieser Debatte ins Hintertreffen. Diese Entwicklung wird sowohl von der albanischen Bevölkerung als auch von den albanischen Parteien mit wachsender Sorge gesehen. Positiv ist hingegen die Tatsache, dass erstmals der albanische Präsidentschaftskandidat Imer Selmani, in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen Stimmen aus allen Bevölkerungsteilen Makedoniens aus ganz Makedonien erhalten hat.

Er ist als albanischer Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten in der ersten Runde auf Platz 3 gewählt worden. Der Chef der neugegründeten Partei „Neue Demokratie“ (Demokracia e Re), die für Albaner und Mazedonier offen steht, gilt als neuer Star der albanischstämmigen Politiker in Makedonien. Die „Neue Demokratie“ hat sich im vergangenen Jahr von der albanischen DPA abgespalten.

Insgesamt sind die albanischen Parteien geschwächt aus den Wahlen herausgegangen. Während die an der Regierung beteiligte DUI ihre 18 Parlamentssitze nutzen will, um eine Kursänderung zu erwirken, ist die Führung der DPA mehr als kritisch. Sie sehen sich nicht mehr in der eigenen Verantwortung sondern vertreten die Ansicht, dass die Regierung mit ihrer komfortablen 2/3 Mehrheit jetzt für alles verantwortlich ist. Durch die DPA wurde der Ablauf der letzten Wahlen und die Arbeit der Regierung kritisiert, wo von Wahlmanipulation und Druckausübung sowie von grassierender Korruption und selbst verursachter Blockade der Westintegration durch übertriebenen Nationalismus die Rede war. Für die Zukunft zeigte sich die Führung der DPA zuversichtlich, zusammen mit der sozialdemokratischen SDSM eine Oppositionsstrategie zu vereinbaren, verkündete aber gleichzeitig, dass die makedonischen Institutionen künftig nicht mehr mit einer breiten Kooperation der DPA rechnen können, solange die von der Regierung verursachte Blockadepolitik nicht aufgehoben wird.

Transformation der makedonischen Armee

Trotz mangelnder lingualer Umsetzung des Ohrid-Abkommens sind mittlerweile alle „Minderheiten“ in die makedonische Armee einbezogen. Der Anteil aller Minderheiten in der 7000 Soldaten starken Armee ist in manchen Bereichen um bis zu 20 Prozent erhöht. Die Ausrichtung der Armee zielt zunehmend auf internationale Friedensmissionen ab. Der seit einem Jahr amtierende Verteidigungsminister Konjanovski kommt aus der Wirtschaft und sticht durch ambitionierte Projekte hervor, die kaum umsetzbar sind. Kooperationsangebote wie von Deutschland in Fragen der Ausstattung von Material (z.B. gebrauchte Hubschrauber) werden durch das Verteidigungsministerium abgelehnt. Anstatt einen konsolidierten Verteidigungshaushalt anzustreben und teure Anschaffungsprojekte zu überdenken, sprangen bislang immer die USA bei Zahlungsproblemen im Militärssektor ein.

Der euro-atlantische Kurs wird im Militär- und Polizeisektor fortgeführt. Künftig soll auch an EU-Polizeimissionen teilgenommen und sich weiterhin militärisch an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligt werden. Eine Einheit aus Tetovo wird Ende Juli nach Afghanistan entsandt und bereitet sich derzeit auf diesen Einsatz vor. Dabei kann die Armee bereits auf Erfahrungen aus dem Irak-Einsatz zurückgreifen.

V. Politische Bewertung Makedonien:

Die drei Tage vor der Reise stattgefundene Wahl zum Präsidenten und die Ergebnisse der Kommunalwahlen haben langfristige Auswirkungen. Die konservativ- nationale Regierung verfügt über eine 2/3 Mehrheit und mit der Wahl des neuen Präsidenten geht auch der letzte sozialdemokratische Vertreter der SDSM aus der Regierungsverantwortung zurück in die SDSM.

Die VMRO-DPMNE/DUI Regierung hat jetzt bis zu den nächsten Wahlen in drei Jahren die Verpflichtung, auf die nationale Rhetorik zu verzichten, die noch ausstehenden Reformen im Hinblick auf eine EU Mitgliedschaft zu erfüllen und einen Kompromiss im Namensstreit mit Griechenland zu finden, um den Weg zur NATO und EU-Mitgliedschaft zu ebnen. Die Regierungsarbeit wird muss in den nächsten Wochen zeigen, wo ihre Prioritäten liegen.

Entgegen aller Wahlkampfbehauptungen hat die internationale Finanzkrise bereits jetzt Auswirkungen. Investoren fehlen, die Arbeitslosigkeit steigt und der Regierung fehlen bislang die Konzepte, den Problemen zu begegnen. Der Export von Produkten

und der drei mal teurere Import von Gütern aus dem Ausland ist ein Beispiel für ein kränkliches Wirtschaftssystem.

Die Umsetzung des Abkommens von Ohrid ist nicht zufriedenstellend und wird durch den nationalistischen Kurs Gruevskis erschwert. Die nationalistische Politik zur Schaffung einer makedonischen Identität und mit ihr die Benennung von Orten, Straßen und Plätzen nach „Alexander dem Großen“ sowie der geplante Bau einer riesigen Statue von Alexander dem Großen auf dem zentralen Marktplatz in Skopje schürt nicht nur weitere Provokationen mit Athen, sondern lässt Fragen über einen ernstgemeinten euro-atlantischen Kurs aufkommen.

Bei der Polizei und Armee findet die Zweisprachigkeit nicht statt. Die stärkere Berücksichtigung der Minderheiten in der makedonischen Armee sind ein positives Zeichen, wenn auch ihr Anteil in den Führungspositionen ausbaufähig ist. Im Verteidigungssektor sind einige Standards und Verbesserungen umzusetzen, wie z. B. die Integration von ehemaligen Zeitsoldaten in das Zivilleben, die Stärkung der Inneren Führung und der Ausbau der parlamentarischen Kontrolle. Fraglich erscheinen Hinweise, dass das Innenministerium erneut para-militärische Strukturen aufbaut.

Die von Teilen der EU betriebene Renationalisierungspolitik und der von der CDU geforderte Erweiterungsstopp obstruiert und marginalisiert die EU-Perspektive Makedoniens.

Gleichzeitig baut die USA ihre Präsenz im Land stark aus. Eine derzeitige Obstruktion der EU-Perspektive dürfte aber vor allem im russischen Interesse liegen, das neben Serbien und Montenegro ein weiteres Standbein in Makedonien aufbauen will.

Die amerikanische Öl-Pipeline, die als sichtbarer Korridor künftig das Land durchquert, wird zu einer optischen und wirtschaftlichen Trennung der mehrheitlich albanisch sowie makedonisch bewohnten Gebiete führen.

Die derzeit problematische EU-Perspektive und der schleppende Prozess der Visa-Liberalisierung für Skopje führt dazu, dass sich die Bürger des 2 Millionen Staates andere Wege suchen, um näher an Europa heranzurücken. Immer mehr Makedonier, besonders in den Grenzgebieten zu Albanien und Bulgarien besorgen sich einen bulgarische bzw. albanischen Zweitpässe - für die Integrität eines kleinen Staates kann dies neue Probleme für die Zukunft bedeuten.

Makedonien ist noch lange nicht über dem Berg und neue Problemfaktoren wie ein wachsender Nationalismus, die

Weltwirtschaftskrise aber auch die Renationalisierungspolitik einiger EU-Staaten haben die Lage des Südbalkan-Staates verschärft.

Die EU und die makedonische Regierung sollten einige Punkte für die Stärkung der euro-atlantischen Perspektive Makedoniens umzusetzen:

- Makedonien muss wieder stärker in den Fokus der EU und NATO rücken. Die klare euro-atlantische Perspektive ist weiterhin aufrechtzuerhalten
- Mit Nachdruck ist auf die Forderung des Europäischen Parlaments zu verweisen, noch in diesem Jahr mit den Beitrittsverhandlungen zur EU zu beginnen und die Visa-Liberalisierung für Makedonien dringend voranzutreiben.
- Die EU muss auch den makedonischen Bildungs- und Wissenschaftsbereich gesondert fördern und dabei gezielt zweisprachige Projekte unterstützen.
- Die EU und NATO müssen verstärkten Druck auf die griechische Regierung ausüben, um ihrerseits die Blockadepolitik gegenüber Skopje aufzugeben
- Die makedonische Regierung ist aufgefordert, ihren nationalistischen Kurs zur Wahrung der Integrität des Landes aufzugeben und die weitere Umsetzung des Ohrid-Abkommens mit Nachdruck verfolgen.

Dafür sollen gezielte Maßnahmen verfolgt werden wie z.B. die Revision der Bezeichnung des Flughafens Skopje "Alexander der Große" und Kampagnen zur Förderung der Zweisprachigkeit.

VI. Westbalkan braucht EU-Strategieoffensive

Eine Bilanz fällt in beiden Ländern gemischt aus. Schritte nach vorne und erste Erfolge drohen in beiden Ländern durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und das immer noch restriktive Visa-Regime der EU ins Gegenteil umgekehrt zu werden. Von klaren EU-Perspektiven im Rahmen von Thessaloniki II für die Staaten des Westbalkans kann keine Rede mehr sein. Thessaloniki I ist stark marginalisiert worden. Zuletzt hat die CDU in ihrem Europawahlprogramm diesen notwendigen Prozess torpediert und eine Erweiterungsmüdigkeit heraufbeschworen. Nach dem EU-Beitritt von Kroatien soll laut CDU vorerst Schluss mit der Aufnahme neuer Mitglieder sein - ein fatales Signal für eine Region, die noch immer Konturen einer Instabilität trägt und daher umso mehr eine klare europäische Perspektive benötigt.

Die Friedensmacht Europa muss hier klar in der Verantwortung stehen, den Frieden auf dem Balkan und damit in Europa zu stabilisieren, um neue Konflikte zu verhindern.

Deutlich wird die Notwendigkeit, seitens der EU einen flächendeckenden Aktionsplan mit einer klaren einheitlichen, nachhaltigen sowie zielsetzenden Strategie für die Region des Westbalkans zu entwickeln. Diese Strategie muß einen perspektivischen Charakter haben und muss konfliktpräventiver Natur sein.